

Sozialdemokratische Partei  
Kanton Schaffhausen  
Kantonsfraktion SP – AL

Susanne Debrunner, Herrengasse 32, 8213 Neunkirch

An die  
Präsidentin des  
Kantonsrates  
Regierungsgebäude  
8201 Schaffhausen

Schaffhausen

Neunkirch, 22. August 2008

## Postulat 7/2008

### Keine Ausbeutung mit unseren Steuergeldern!

1. Der Regierungsrat wird eingeladen, im Rahmen des öffentlichen Beschaffungswesens alle Lieferantinnen und Lieferanten und Leistungserbringerinnen und -erbringer gesetzlich und vertraglich darauf zu verpflichten, bei der Ausführung des Auftrags die Bestimmungen der Kern-Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und der nationalen Gesetzgebung einzuhalten.
2. Der Regierungsrat wird aufgefordert, die öffentliche Verwaltung in ihrer Gesamtheit und insbesondere die mit der öffentlichen Beschaffung betrauten Stellen über die Möglichkeiten sozial, ökologisch und wirtschaftlich nachhaltiger Beschaffung zu informieren und zu sensibilisieren, und die Bevölkerung über die beschlossenen und getroffenen Wege geleiteten Massnahmen zu informieren.

#### Begründung:

Bund, Kantone und Gemeinden beschaffen pro Jahr für rund 34 Milliarden CHF verschiedenste Waren, Dienst- und Bauleistungen. Ein bedeutender Teil dieser grossen Summe wird für den Import von Produkten ausgegeben. In letzter Zeit ist bekannt geworden, dass Produkte, die aus Indien, China oder Pakistan importiert wurden, unter äusserst fragwürdigen Bedingungen hergestellt worden sind (Kinderarbeit, Sklavenarbeit). Die vom Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH lancierte Kampagne „Kehrseite“ hat solche Fälle aufgedeckt. Das SAH weist gleichzeitig darauf hin, dass die einkaufenden Behörden sich dieser Zusammenhänge oft gar nicht bewusst sind. Wüssten sie, was sie tun, täten sie es nicht. An diesem Punkt gilt es anzusetzen.

Das öffentliche Beschaffungswesen verkörpert eine grosse Nachfragemacht. Wer sie verantwortungsvoll wahrnimmt, interessiert sich nicht nur für den Preis oder die Qualität einer Ware, sondern auch für die Bedingungen, unter denen sie hergestellt wird. Bereits heute enthält das Beschaffungsrecht gewisse soziale Kriterien: So darf ein Auftrag beispielsweise nur an Anbieterinnen und Anbieter vergeben werden, welche die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohngleichheit gewährleisten. Der Bund fasst die Instrumente zur Umsetzung ökologischer und sozialer Normen im öffentlichen Beschaffungswesen unter dem Begriff «Integrierte Produktpolitik» (IPP) zusammen. Produkte und Dienstleistungen sollen über ihren gesamten Lebenszyklus (Planungs-, Herstellungs-, Nutzungs- und Entsorgungsphase) hohen wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Anforderungen genügen, wie der Bundesrat in seinem Strategiebericht Nachhaltige Entwicklung 2002 dargelegt und in seiner Bilanz 2007 bekräftigt hat. Es ist insofern anerkannt, dass öffentliche Beschaffungen politisch gestaltet werden sollen.

Seither hat der Bundesrat seine Absicht bekräftigt, dem Aspekt der sozialen und ökologischen Anforderungen bei Beschaffungen auch in der laufenden Revision des Beschaffungsrechts Rechnung zu tragen. Namentlich sollen zumindest die acht von der

Die öffentliche Beschaffung ist eine grosse Nachfragemacht. Wer sie verantwortungsvoll wahrnimmt, interessiert sich nicht nur für den Preis oder die Qualität einer Ware, sondern auch für die Bedingungen, unter denen sie hergestellt wird. Bereits heute enthält das Beschaffungsrecht gewisse soziale Kriterien: So darf ein Auftrag beispielsweise

Schweiz ratifizierten Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zum Schutz fundamentaler Arbeitsnormen von den Anbieterinnen und Anbietern eingehalten werden müssen. Die IAO hat diese Übereinkommen 1998 zum menschenrechtlichen Grundstandard erhoben. Sie müssen auch von Staaten eingehalten werden, die sie nicht ratifiziert haben. Sie betreffen u.a. das Vereinigungsrecht und das Recht auf Kollektivverhandlungen, das Verbot der Zwangsarbeit, das Verbot der Kinderarbeit sowie die Nichtdiskriminierung am Arbeitsplatz.

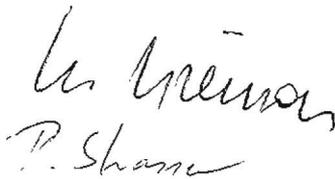
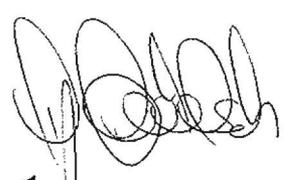
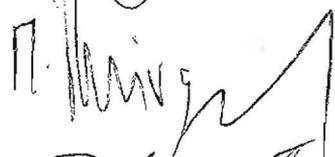
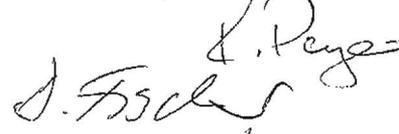
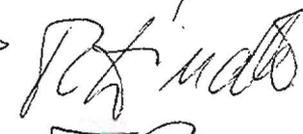
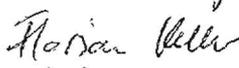
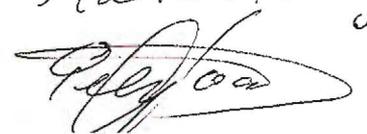
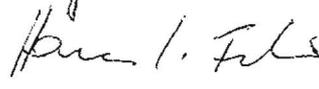
Damit kann das öffentliche Beschaffungswesen zu einem fairen Welthandel beitragen, von dem die Menschen in den Industrieländern und in den Ländern des Südens gleichermaßen profitieren. Unter verschärften Wettbewerbsbedingungen verhindert nur ein fairer Handel, dass soziale und ökologische Dumpingangebote bei uns KMU aus dem Markt werfen und unsicheren, schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen Vorschub leisten. Nur bei einem wirtschaftlichen Gedeihen der Länder des Südens und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen für alle kann die Armut in diesen Ländern bekämpft und den Ursachen für Migration und Terrorismus der Boden entzogen werden.

Was für das Beschaffungswesen des Bundes gilt, ist auch für Kantone und Gemeinden gültig. Darum soll die kantonale Submissionsverordnung im Gleichschritt mit der Bundesgesetzgebung angepasst werden. Dies rechtfertigt sich um so mehr, als Kantone und Gemeinden mit einem Anteil von 38% beziehungsweise 43% am jährlichen Beschaffungsvolumen der öffentlichen Hand die grössten Auftraggeber sind, weit vor dem Bund mit einem Anteil von 19%.

Faire und nachhaltige öffentliche Beschaffung setzt Kenntnisse, Kontakte und Überprüfungsfähigkeiten voraus, die von Gemeinde zu Gemeinde und von Kanton zu Kanton nicht grundsätzlich unterschiedlich sind. Es ist deshalb wenig effizient, das Rad immer wieder selbst neu zu erfinden. Gestützt auf diese Erfahrung sind deshalb verschiedene Netzwerke von Gemeinden und Beratungsstellen entstanden, welche die öffentliche Hand bei Fragen zur nachhaltigen Beschaffung beraten und unterstützen. Eine der wichtigsten ist die Interessengemeinschaft öffentliche Beschaffung (IGÖB, [www.igoeb.ch](http://www.igoeb.ch)). Sie vernetzt Stellen der öffentlichen Hand, die das Beschaffungswesen nachhaltig gestalten. Alle öffentlichen Verwaltungen oder Dienstleister der öffentlichen Hand können Mitglied der IGÖB werden.

Freundliche Grüsse  
Für die SP/AL - Fraktion

  
Susanne Debrunner

 P. Shanon	 P. Meyer	 J. Heg	 W. Bächtold
 M. Kretter	 P. Meyer	 Walter Logezhang	
 J. Fischer	 P. Meyer	 Florian Keller	 M. Keller
 M. Kretter	 J. Meyer	 W. Keller	
 P. Meyer	 D. Meyer	 Hans J. Fels	 J. Heg